

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Umlenkung von Investitionen auf die Grundstoffindustrien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Umlenkung von Investitionen auf die Grundstoffindustrien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 10, pp. 16-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131392>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Umlenkung von Investitionen auf die Grundstoffindustrien

Auf den Bericht unseres Bonner Korrespondenten im Septemberheft 1951 (S. 10) erhalten wir vom Bundesverband der Deutschen Industrie folgende Zuschrift, die wir gemäß dem Diskussionsprinzip unseres Organs gern veröffentlichen.

1. Der Satz: „Diese Bemühungen endeten nach einem halben Jahr mit einem allgemeinen Gezerre der Unternehmer...“ ist in mehrfacher Hinsicht schief; denn er verschiebt die Daten. Das Angebot der Investitionshilfe erfolgte am 9. April 1951. Der von den im Gemeinschaftsausschuß zusammengeschlossenen Verbänden der gewerblichen Wirtschaft verabschiedete Vorschlag wurde am 30. Mai der Bundesregierung übergeben. Von einem allgemeinen Gezerre der Unternehmer kann gar keine Rede sein. Denn bislang ist von der großen Linie der Bejahung der Investitionshilfe keine Gruppe abgewichen. Einzelne Persönlichkeiten, die anderer Auffassung sind als die Mehrheit, gibt es wohl stets und überall, ohne daß sich dadurch an der Gesamtlinie viel ändert. Die Zeit vom Tag der Übergabe des Vorschlages bis jetzt ist nicht vom Unternehmertum vergeudet worden, sondern von der Regierung und dem Parlament nicht ausgenutzt worden. Die Gesetzesform ist für das freiwillige Angebot aber unentbehrlich, weil die von der Nachkriegsentwicklung geschwächten Organisationsformen der gewerblichen Wirtschaft gerade den unfaireren Rivalen gegenüber unbeholfen bleiben müssen, wenn der Staat ihren Entschlüssen die Sicherung versagt.

2. Die vom Gemeinschaftsausschuß angebotene 1 Milliarde DM als einmalige Initialhilfe ist niemals für die Abdeckung des ganzen Investitionsbedarfs der Wirtschaftssektoren Bergbau, eisenschaffende Industrie, Energie-Erzeugung, Wasserwirtschaft, Eisenbahn und Schiffbau gedacht gewesen. Vielmehr kann diesen Sektoren die Aufgabe, sich die Investitionen selbst zu finanzieren, d. h. vor allem auch selbst zu verdienen, nicht abgenommen werden. Die Väter des Gedankens der Investitionshilfe sahen die Aufgabe vielmehr so: 1950/51 ist das Investitionsvolumen der Gesamtwirtschaft nicht nur von der Finanzierungsseite her, sondern auch von der Materialseite her begrenzt. Rivalisieren die Investitionswilligen um eine zu knappe Materialdecke, so treiben sie, ohne am Volumen etwas zu ändern, nur die Preise in die Höhe. Wenn daher

die Investitionswilligen, entsprechend der Materialdecke, in ihren Dispositionen zeitlich aufeinander Rücksicht nehmen, muß es durch Finanzierungs-Übertragungen möglich sein, die primären Engpässe — Kohle, Stahl und Strom — aufzusprennen und dann die Investitionen wieder jedermann in den eigenen Entschluß zurückzugeben. Daher: einmalig 1 Mrd. DM!

Die Investitionshilfe soll ein Instrument zur Sicherung der Marktwirtschaft sein, aber keine Probiertat der Investitionsplanung.

Es geht nicht an, die zwei Sektoren „privatwirtschaftlich profitabel“ und „gesamtwirtschaftlich notwendig“ auseinanderzuhalten. Über die Ausdauer-Methoden der sog. „volkswirtschaftlich notwendigen“ Sektoren, die sich selbst dem Odium, profitabel arbeiten und wirtschaften zu müssen, entziehen und sich auf politischen Umwegen den Profit unter anderen Titeln verschaffen, werden zwar unentwegt neue Schleier gelegt. Aber die Kreise, die sich aus solcher Umnebelung befreien wollen, nehmen an Entschiedenheit zu und werden die klarere Sprache erzwingen. Zwar wurde schon vor Monaten ein interministerieller Ausschuß zur Prüfung der Subventionen gebildet. Der Bundesvorstand der Deutschen Industrie schlug in seinem Memorandum zur Wirtschaftslage im März dieses Jahres vor, in das Aufgabengebiet dieses Ausschusses auch die Subventionen einzubeziehen, die von Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern geleistet werden, um Klarheit über alle Kanäle zu gewinnen, in die Subventionen geleitet worden sind.

3. Über die Zusammensetzung des Kuratoriums ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die fünf — nach Ihrem Korrespondenten — der gewerblichen Wirtschaft zugestandenen Sitze zerfallen aber in zwei Fraktionen, in die der Investitionshilfe empfangenden Unternehmungen (2) und die der gebenden (3). Da die empfangenden Unternehmungen größtenteils nicht in privatwirtschaftlichen Händen sind, kann somit das Kräfteverhältnis für die Unternehmerschaft denkbar ungünstig werden.

4. Wieso die Hergabe von Wertpapieren an die aufbringenden Un-

ternehmungen unerwünschte Abhängigkeitsverhältnisse schaffen soll, bleibt bei einer Dosis von 1 Mill. DM unerfindlich. Die Hergabe von Anteilsrechten hat den guten Sinn, den Appetit auf in fremder Wirtschaft verdientes Geld zu verringern. Der Bundestagsabgeordnete Freudenberg hat es sehr richtig gesehen: Das Unternehmen, das nicht nachweisen könnte, daß es geschenktes oder verbilligtes Geld brauchen kann, muß noch gefunden werden. Wer Appetit auf Geld hat, das andere verdienen, soll diesen anderen eine Gegenleistung gewähren müssen, die einen realen Charakter hat. Geräten investitionsunfähige Unternehmungen, die in gemeinwirtschaftlicher Hand sind, durch die Investitionshilfe unter privatwirtschaftlichen Einfluß, so sollte darin ein Positivum gesehen werden. Denn es wäre ein Anfang in der Richtung, daß die erwerbswirtschaftlich fähigen Wirtschaftszweige um der inneren Wahrhaftigkeit der Volkswirtschaft willen auch erwerbswirtschaftlich geführt werden. Bislang hat mit ökonomischen Argumenten noch niemand bewiesen, daß Bergbau, Eisen- und Energie-Erzeugung, Wohnungswesen und Verkehr nicht erwerbswirtschaftlich betrieben werden können.

5. Kuratorium und Investment-Pool sind keineswegs Gegensätze. Bestünde die Gewißheit, daß die in dem Investment-Pool zusammenliegenden Wertpapiere nicht durch politische Zugriffe enteignet würden, dann dächte niemand an die Aufteilung. Da mit der Sozialisierung aber noch nicht genug Experimente auf europäischem Boden gemacht zu sein scheinen, lockt ein Investment-Pool die Sozialisierung-Fanatiker an wie ein offener Honigtopf die Wespen. Der Ausschreibungsmodus soll der von den Vätern des Vorschlags wohl gesehenen Unterschiedlichkeit in der Bonität der Wertpapiere Rechnung tragen. Die Bewertung von Wertpapieren hat stets auch ihre subjektive Seite. Diese kann über die Ausschreibung der Verteilung der Gegenwerte aus der Investitionshilfe zum Zuge kommen.

Köln, den 1. 10. 1951

Prof. Dr. Herrmann